



Grafik: Archiv, Foto: imago/ZUMA Press

neue chland

THE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 30. April/ 1. Mai 2016

71. Jahrgang/Nr. 101 Bundesausgabe 2,30 €

STANDPUNKT

Viel Wachstum, wenig Profiteure

Aert van Riel über die aktuellen Tarifaufeinandersetzungen

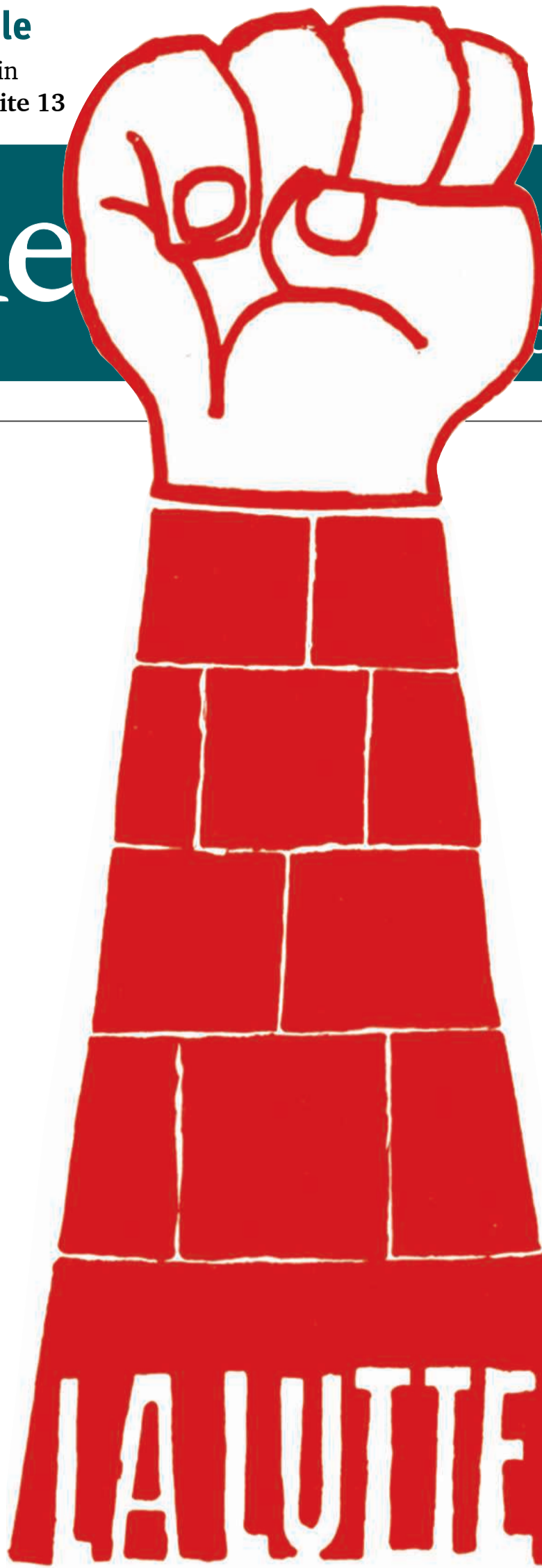
Alle paar Jahre wiederholt Angela Merkel den Satz, Deutschland gehe es so gut wie lange nicht mehr. Dies bezieht die Kanzlerin auf die hierzulande vorerst überwundene Wirtschaftskrise. Doch obwohl sich die deutsche Konjunktur gut entwickelt und die Steuereinnahmen vergleichsweise hoch sind, kommt der Aufschwung bei vielen nicht an. Das liegt nicht nur an der Sozialpolitik, die zahlreichen Abhängigen von staatlichen Leistungen kein menschenwürdiges Leben ermöglicht, sondern auch an der Lohnpolitik des Staats und diverser privater Unternehmen. Diese weigern sich in vielen Bereichen, angemessene Gehälter zu zahlen. Zu beobachten ist dies etwa beim Tarifstreit im öffentlichen Dienst sowie in den Auseinandersetzungen um höhere Einkommen in der Metall- und Elektroindustrie. Die sogenannte Arbeitgeberseite zählt zu den wenigen großen Profiteuren des Aufschwungs. Trotzdem macht sie lediglich niedrige Angebote, die wegen der erwarteten Inflation nur minimale Verbesserungen oder sogar einen Reallohnverlust für die Beschäftigten bedeuten würden.

Es ist also verständlich, dass die Gewerkschaften dem nicht zustimmen wollen. Wenn sich die Vertreter der Lohnabhängigen in nächster Zeit am Verhandlungstisch nicht durchsetzen sollten, ist eine Ausweitung der Streiks dringend notwendig. Sie sind in der derzeitigen Situation das geeignete Mittel, um zumindest etwas mehr Gerechtigkeit für die Werktätigen zu erzwingen.

UNTEN LINKS

Vulpes Vulpes Berolina ist der charmante Rotfuchs, der früher als Wohnungsloser im Berliner Tiergarten herumstrich und heute in einer architektonisch preisgekrönten Menschenhütte mit der Bezeichnung **Bundeskanzleramt** haust. Direkt vor seinem Tiergarten errichteten sie vor Jahren den 500 Millionen Euro teuren Riesenbau, in dem vermutlich alle Füchse dieses Landes Platz gehabt hätten. Eingezogen sind lediglich einige Rudel meist männlicher Homo sapiens mit einem weiblichen Leittier, die den Bau nur tagsüber brauchen. Nachts sind alle Haupt- und Nebenröhren für fröhliche Feste frei, weshalb sich das schlaue Füchlein hier auch nicht mehr vertreiben lässt. Nur das Essen könnte besser sein. Zu wenig Fleisch und zu viel Brot! Seit dieser Woche ist der Kanzleramtschef nun auch noch Brotbotschafter der deutschen Bäckerinnung! Das hört sich zwar besser an als die politischen Sachen, die er bisher gemacht hat, aber dafür passt er bald nicht mehr in seinen Bau. *ott*

ISSN 0323-3375



LA LUTTE CONTINUE

Der Kampf geht weiter

Mehr als Bratwurst und Revolutionsfolklore: Ein »nd« zum 1. Mai

Berlin. »La lutte continue«, der Kampf geht weiter – was auf den ersten Blick nach historischer Reminiszenz klingt, ist in Wahrheit hoch aktuell. Zwischen den Demonstrationen im Pariser Mai 1968, als die Parole zum Spruch einer Revolte wurde, und den Auseinandersetzungen um die Rechte von Beschäftigten und Geflüchteten heute liegen zwar Jahrzehnte. Die Gründe, auf die Straße zu gehen, sind aber nicht substanzial anders: ein besseres, gerechteres Leben, eine bessere, solidarischere Welt. Und das für alle. Solange gesellschaftlich von vielen produzierter Reichtum von wenigen privat angeeignet wird, werden diese Gründe auch nicht entfallen. Und wer es lieber moralisch mag: Natürlich ist eine Gesellschaft unanständig, in der Lebensmittel, Wohnraum und öffentliche Güter als Spekulationsobjekte zur privaten Vermögensmehrung dienen. Das zu ändern, auch darum geht es am 1. Mai.

Nun wird seit einiger Zeit und auch nicht ganz ohne Grund gesagt, der 1. Mai sei vom »Kampftag« zur Folklore herabgesunken – die einen feiern die gewerkschaftliche Bratwurst, die andere ihren »revolutionären« Militanzkult. Die Substanz all der DGB-Kundgebungen, linksradikalen Aufzüge, politisch angehauchten Volksfeste und antifaschistischen Protestaktionen geht aber weit über das medial konfektionierte Urteil über den 1. Mai hinaus. Es geht um etwas, es geht um viel – und mitunter haben die verschiedenen sozialen und politischen Kämpfe, für die auf Demonstrationen Bilder erzeugt, Gemeinnut gestiftet und Mut gemacht wird, mehr miteinander zu tun, als es die skeptische Abgrenzung zwischen politischen Milieus mitunter zum Ausdruck bringt.

Diese nd-Ausgabe zum 1. Mai ist auch ein Versuch, solche Brücken zu schlagen – zwischen gewerkschaftlichen Debatten über »gute Arbeit« und der postkapitalistischen Vision eines Paul Mason, zwischen kultureller Auseinandersetzung mit dem »alten Schlawiner« Kapitalismus und jenen, die gegen ihn immer noch auf eine Revolution setzen. Nicht zuletzt muss zusammengedacht werden, was schon längst zusammengehört: die Kämpfe von Geflüchteten, Beschäftigten und Erwerbslosen oder die Auseinandersetzungen um Löhne, Würde und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern. *tos* Mehr dazu auf den Seiten 4 bis 6, 10, 11, 13, 18 und 19 sowie 21

Baustopp im Bundestag

Absetzung des Votums über Steueranreize für den Wohnungsbau sorgt für Beifall von Mietervertretern

Das kommt nicht allzu häufig vor: Die Koalition verschiebt die Abstimmung über eines ihrer Vorhaben – die Ankurbelung des Mietwohnungsbaus – und erntet dafür nicht nur Schelte.

Von Gabriele Oertel

In dieser Woche sollte eigentlich ein großes Vorhaben der Koalition auf den Weg gebracht werden. Schließlich wird viel zu lange schon in der Regierung, der Bauwirtschaft und bei Mietervertretern über eine dringend nötige Wohnungsbauoffensive geredet, ohne dass tatsächlich etwas geschehen wäre. Bekannt ist, dass in der Bundesrepublik 800 000 Wohnungen in Ballungsräumen, Groß- und Universitätsstädten fehlen und 400 000 jährlich neugebaut werden müssten, um dieses Defizit schrittweise abzubauen. Der Zuzug von Flüchtlingen hat das ohnehin schon bestehende Problem nur noch verschärft. Schwarz-Rot glaubte, mit Steueranreizen für Privatinvestoren den Stein der Weisen zur Ankurbelung des Mietwohnungsbaus gefunden zu haben. Proteste wie Hinweise von Opposition wie Experten blieben lange ungehört. Die einen bemängelten das Milli-

ardengeschenk für Bauherren und Investoren, das ohne Mietobergrenzen nur zu Mitnahmeeffekten, aber nicht zu bezahlbaren Wohnungen führen würde (Mieterbund). Andere kritisierten am Gesetzentwurf, dass indirekte Subventionen offenbar als alternativen gelten, aber direkte Subventionen wie Investitionszulagen gar nicht erst geprüft worden seien (Linkspartei). Die Dritten geißelten das »Gießkannenprinzip« und vermissten eine Sozialbindung für Mieter mit kleinem Einkommen als Gegenleistung zur steuerlichen Förderung (Grüne). Alle zusammen sind zudem darüber sauer, dass kommunale Wohnungsunternehmen und -genossenschaften von derlei Geldsegen nicht profitieren würden.

Lediglich die Bauwirtschaft zeigte sich von den Plänen der Regierung äußerst angetan. Kunststück: Mit Sonderabschreibungen von zehn und neun Prozent über drei Jahre bei Obergrenzen von 2000 bzw. 3000 Euro pro Quadratmeter zusätzlich zu bisherigen Regelungen winkt Eigentümern und Investoren ein lukratives Angebot. Noch dazu eines, das sie im Gegenzug nicht dazu verpflichtet, Wohnungen im mittleren oder unteren Preissegment zu bauen.

Doch zu früh gefreut. Nach einer Anhörung im Finanzausschuss des Bundestages am Montag wendete sich das Blatt. Die für Donnerstag anberaumte Abstimmung im Bundestag wurde kurzerhand von der Tagesordnung gestrichen. Der Zentralverband des Baugewerbes sieht darin einen »Bärendienst« für die Wohnungssuchenden und nennt das regierungsamtliche Vorgehen zynisch. Der Mieterbund aber be-

»Zwingend notwendig sind eindeutige Mietobergrenzen.«

Ulrich Ropertz, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes

grüßte die Entscheidung und benannte erneut den erheblichen Nachbesserungsbedarf. »Zwingend notwendig sind eindeutige Mietobergrenzen, die sich beispielsweise an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientieren könnten«, erklärte der Geschäftsführer des Mieterdachverbandes. Offensichtlich, so Ulrich Ropertz gegenüber »nd«, habe auch die

SPD inzwischen erkannt, »dass unsere Argumente im Sinne einer Mietpreisbegrenzung nicht von der Hand zu weisen sind«. Die Gleichung der Bundesregierung, dass niedrigere Baukosten automatisch zu niedrigeren Mieten führen, sei nicht mehr als ein frommer Wunsch, so Ropertz.

Für den Präsidenten des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, Axel Gedaschko, kommt angesichts der großen Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen in Deutschlands Großstädten »jede zeitliche Verzögerung bei der Schaffung von Fördermaßnahmen für den Wohnungsbau zur Unzeit«. Es gehe jetzt ums Tempo, um die vielerorts angespannten Märkte zu entlasten, erklärte er gegenüber »nd«. »Die Zeit sollte aber genutzt werden, um die steuerliche Sonderabschreibung für den Wohnungsbau nachzubessern und als gleichwertiges Instrument eine Investitionszulage einzuführen«, so Gedaschko. Sie würde Wohnungsunternehmen – insbesondere Vermietungsgenossenschaften –, die von einer Nutzung der Sonderabschreibung ausgeschlossen sind, ein noch stärkeres Engagement für den Wohnungsbau ermöglichen.

Hunderttausend Metaller im Streik

Arbeitskämpfe begannen vielerorts schon um Mitternacht

Berlin. Mehr als hunderttausend Metaller haben am Freitag für einen Lohnzuschlag Druck gemacht. Sie versammelten sich teils schon in der Nacht vor den Werkstätten von hundert Betrieben zu Warnstreiks und Kundgebungen. Die meisten Beschäftigten traten in Baden-Württemberg in den Ausstand. Dort verließen bis zum Nachmittag rund 35 500 Metaller ihrer Lohnforderung Nachdruck. In Nordrhein-Westfalen gelang laut Gewerkschaft mit rund 17 000 Beteiligten ein »eindrucksvoller Warnstreikauftakt«. Im Bezirk Mitte (Saarland, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen) waren es über 16 000 Metaller, die die Arbeit niederlegten.

Die IG Metall fordert fünf Prozent mehr Lohn für ein Jahr – die Arbeitgeber bieten bislang 2,1 Prozent für zwei Jahre. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann nannte auf einer Kundgebung bei den Ford-Werken in Saarlouis das Tarifangebot der Arbeitgeber »Magerkost« für die Beschäftigten. Profite seien offenbar wichtiger. Alle Gewerkschaftsbezirke kündigten weitere Warnstreiks ab Montag an.

In der Tarifrunde für die 2,14 Millionen Angestellten von Bund und Kommunen zeichnete sich am Freitag unterdessen kein rascher Abschluss ab. Ver.di und der Deutsche Beamtenbund fordern sechs Prozent mehr Lohn. Bund und Kommunen boten an, die Einkommen der Angestellten über eine Laufzeit von zwei Jahren so anzuheben, dass die Löhne am Ende der Laufzeit um drei Prozent steigen. *Agenturen/nd*

Foto: Archiv